

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XIX/70

Bonn, den 13. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 "Europäische Einigung in einer sich wandelnden Welt" 94

Die Europa-Union tagt in Frankfurt

Von Dr. Karl Kommer, MdB,

Vizepräsident der Europa-Union

3

Nicht nach Utopia !

43

Zum Wahlkongreß der SPD in Karlsruhe

4

Luxemburg hofft auf Bonn

54

Hintergründe eines Ministerbesuchs

Es geht um den Sitz der Europa-Behörden

Von Egon G. Heinrich,

Assistent für Europafragen bei der SPD-Bundestagsfraktion

5

UdSSR sucht "neue" Wirtschaftsmethoden

48

Produktionssoll - Handel - Politik

Von Bruno Kuster, Genf

6

Sorgen um Malta

48

Neuer Krisenherd im Mittelmeer ?

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Europäische Einigung in einer sich wandelnden Welt"

Die Europa-Union tagt in Frankfurt

Von Dr. Karl Kommer, MdB,

Vizepräsident der Europa-Union

Vom 2. bis 14. April tagt in Frankfurt/Main die Europa-Union Deutschland mit ihrem XIV. Kongreß. Die Europa-Union ist eine private Organisation mit wenigstens 30.000 Mitgliedern. Sie ist nicht eine isolierte Einheit, sondern Teil der Europäischen Bewegung, die seit ihrer Gründung das Ziel hat, das europäische Einigungswerk voranzutreiben. In der Bundesrepublik gibt es ausser der Europa-Union keine nennenswerte andere Organisation mit der gleichen Zielsetzung. Diese Zielsetzung finden wir aber wohl in verschiedener Intensität und mit wechselnden Akzenten bei den politischen Parteien, bei der Bundesregierung und mit zunehmendem Gewicht bei den europäischen Institutionen in Straßburg, Luxemburg und Brüssel. Auch sie drängen vorwärts und können es mit sehr viel größeren Mitteln als die Organisationen der europäischen Idealisten.

In dieser Feststellung liegt keineswegs eine Abwertung, denn am Anfang waren die Überzeugten, und ihre Aktion war mitentscheidend für das Entstehen von Willen und Wirklichkeit der europäisch-orientierten Parteien und Institutionen. Am Anfang war es nicht selbstverständlich, für die überaus Kühne Idee der Vereinigten Staaten von Europa einzutreten. Die in solchen Dingen vorangehen, setzten sich häufig dem nachsichtigen Vorwurf aus, Romantiker und Träumer zu sein - ein Vorwurf, der von den Betroffenen mit Gelassenheit ertragen wurde.

Die Europa-Union hat mit ihren europäischen Parallel-Organisationen zusammen in Kongressen, Manifesten und Programmen vielfach erst die Richtung gewiesen, in der die Initiative der Regierungen und Parlamente wirksam werden konnte. Heute könnte die Frage gestellt werden, ob eine solche Organisation noch eine wirkliche politische Rolle zu spielen hat, nachdem die europäischen Institutionen und die nach der europäischen Einigung strebenden Parteien zu den Hauptträgern des Europa-Gedankens geworden sind. Die Frage ist voll zu bejahen. Es bleibt eine Aufgabe der Bewegung, auf diesem besonderen Gebiet der Gesamtpolitik immer das Größte, wenn auch noch in etwas fernerer Zukunft liegende Ziel im Auge zu behalten, bei wädrigen Winden die Fahne hoch zu halten, den Blick für das Ganze nicht durch die Tagesaufgaben und Tagesereignisse der Politik trüben zu lassen. Wie wir gerade im vergangenen Jahr erfahren mußten, bewegt sich der Zug Europa keineswegs immer geschwind vorwärts. Es gibt Stillstand und manchmal drohenden Rücklauf. Dann ist es besonders nützlich, wenn es neben den eigentlichen "Zentren der Macht" Karunäcker gibt, die nicht locker lassen, die die nächsten großen Schritte vorauszu denken versuchen und die sich immer wieder zusammensetzen, um die überaus schwierige Gedankenarbeit für den Riesenbau zu leisten, für den es keinen Vorgang in der Geschichte gibt. Diese Rolle vermag die Bewegung nur zu spielen, wenn sie nicht Anhängsel von Regierungen oder Parteien, wenn sie vielmehr deren europäisches Gewissen ist.

Der letzte, der XIII. Kongreß der Europa-Union in Bad Godesberg im Oktober 1962, lag vor dem schwarzen Tag in Brüssel, an dem die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften auf Großbritannien und andere Demokratien scheiterte. Er stand unter dem Motto "Von der Wirtschaftsge-

gemeinschaft zur politischen Gemeinschaft" und entwickelte konstruktive und konkrete neue Gedanken darüber, wie der besonders heikle Transfer von Souveränitätsrechten auf dem Gebiete der Außen- und Verteidigungspolitik politisch und organisatorisch zu bewerkstelligen sei. Die Vorschläge dieses Kongresses bleiben wertvoll und aktuell, so lange die politische Einigung nicht in der Wirklichkeit über sie hinausgekommen ist.

Der jetzige XIV. Kongreß fällt in die Zeit der Schwierigkeiten der Gemeinschaften, des Schwankens im politischen Willen und der nicht ausgeschlossenen Rückentwicklung von der Konzeption des Vaterlandes Europa zu der Konzeption des Europa der Vaterländer. Das Motto, unter dem er steht "Europäische Einigung in einer sich wandelnden Welt" bringt zum Ausdruck, daß es nun gilt, die Aktion für Europa auf die Fehlschläge und Hindernisse einzustellen und mit ihnen fertig zu werden. Wie hoch die Europa-Union sich selber einschätzt und wie sehr sie von den politischen Kräften in der Bundesrepublik eingeschätzt wird, geht allein aus der Rednerliste des Kongresses hervor: Fritz Erler, erster Vorsitzender der Bundestagsfraktion der SPD und Vizepräsident der Europäischen Bewegung, hält die erste, dem Generalthema des Kongresses gewidmete Rede. Dr. Kurt Birrenbaek, Mitglied der CDU-Fraktion, spricht über aktuelle Fragen der europäischen Einigung und der atlantischen Partnerschaft - wobei schon in der Themenstellung die Grundüberzeugung der Europa-Union zum Ausdruck kommt, daß die europäische Einigung ohne antiamerikanische Spitze zu beschreiben ist. Ernst Friedländer, früherer Präsident und jetziger Ehrenpräsident der Europa-Union, wird die Lage und die Aufgabe, vor die sich die europäischen Politiker gestellt sehen, von der Grundkonzeption her beleuchten. Es wird ihm sicher ohne Mühe gelingen, die Organisation auf dem alten und allein tauglichen Kurs zu halten, auf dem Kurs hin zu der Verschmelzung, zu den Vereinigten Staaten von Europa, zu dem unverzichtbaren Streben nach Ausdehnung des Feldes der vergemeinschafteten Souveränitätsrechte, nach Stärkung der bestehenden Institutionen und insbesondere nach Ausbau des europäischen Parlaments. Nicht minder klar wird sein, daß der Ausbau in die Breite, d.h. die Einbeziehung Großbritanniens und der anderen europäischen Demokratien, trotz des Fehlschlages vom Januar 1963 auf der Tagesordnung bleiben muß.

Die Europa-Union wendet sich auch an die große Öffentlichkeit. Zu einer Veranstaltung in der Kongreßhalle in Frankfurt hat sie drei Prominente als Redner verpflichtet: Bundeskanzler Prof. Erhard, Ludwig Rosenbergs, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und Prof. Hallstein, den Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Die Besetzung ist ehrenvoll für die Europa-Union, durch den Rang der Redner und durch den zum Ausdruck kommenden Willen, für Europa alle Kräfte, alle Parteien und alle sozialen Gruppen unseres Volkes zu mobilisieren. Möge den Kongreß unter der Leitung seines verdienten Präsidenten Dr. Freiherr von Oppenheim ein großer Erfolg beschieden sein.

+ + +

Nicht nach Utopia !

Zum Wahlkongreß der SPD in Karlsruhe

ee - Gewiß sind überfüllte Wahlkundgebungen noch keine Garantie für den Sieg in einem Wahlkampf. Auch Wahlkongresse allein können nicht unbedingt als Gradmesser für das Stimmungsthermometer vor einer Wahl gewertet werden. Der Wahlkongreß der SPD am vergangenen Wochenende in Karlsruhe war jedoch die konzentrierte Darstellung der Aufgaben und Ziele, die sich die Sozialdemokratie nicht nur für die baden-württembergischen Landtagswahlen am 26. April gestellt hat. Hier wollte die SPD auch deutlich machen, daß ihre Gesamtkonzeption der deutschen Politik über einen Wahltermin weit hinausreicht. Dies wurde in hervorragendem Maße durch den Wahlkongreß in Karlsruhe erreicht.

Was geschah in Karlsruhe? Vor dem Hintergrund des baden-württembergischen Landtagswahlkampfes wurde dem deutschen Volk ein mehrfaches demonstriert:

- 1) durch die Teilnahme des gesamten Parteipräsidiums und sämtlicher SPD-Landesregierungen die absolute Solidarität der Gesamtpartei mit jedem Teil und Glied der Partei,
- 2) durch den Empfang des Parteivorsitzenden und durch sein Auftreten die rückhaltlose Anerkennung der überzeugenden Führung durch Willy Brandt,
- 3) durch die offene Zustimmung zu den Programmen der Aufgaben und Leistungen die verpflichtende Bereitschaft zur Übernahme der Verantwortung und der damit verbundenen Lasten.

Die SPD hat es sich in Karlsruhe trotz des Wahltages vom 26. April und auch gerade deswegen nicht leicht gemacht. Keiner der Kongreßsprecher, weder Willy Brandt, noch Fritz Erler, noch Alex Köllner, noch Hermann Weidt, hat billige Versprechungen abgegeben, die auf den Schlitz der Wahlurne gezielt waren. Diese Partei läßt sich weder in den Unter-Gürtel-Bereich der Adenauer-Straußschen Wahlschimpfereien herunterziehen, in dem sich leider auch der neue Kanzler wieder anzuseheln beginnt, noch folgt sie ihren Parteigegegnern auf dem Weg des Wahlspeck-Auslegens. Karlsruhe zeigte die SPD in der ruhigen Würde des Selbstvertrauens und in der entschlossenen Härte des Verantwortungs- und Zielbewußtseins. Willy Brandt gab der Leitlinie der SPD ebenso bildhaften wie konkreten Ausdruck mit der Parole:

"Wir Sozialdemokraten wollen nicht nach Utopia, wir Sozialdemokraten wollen nach Deutschland, nach einem Deutschland, in dem von Einigkeit und Recht und Freiheit nicht nur gesungen wird, sondern in dem Einigkeit und Recht und Freiheit mit- und füreinander gelebt werden!"

Der 26. April wird in Baden-Württemberg und von Baden-Württemberg aus für ganz Deutschland zeigen, wie stark die Gefolgschaft für die SPD und ihre Ziele heute schon ist.

Luxemburg hofft auf Bonn

Hintergründe eines Ministerbesuchs

Von Egon C. Heinrich,

Assistent für Europafragen bei der SED-Bundestagsfraktion

Der Besuch des luxemburgischen Regierungschefs Werner und seines Außenministers Schaus in Bonn war durchaus keine Routineangelegenheit. Das Treffen fand vielmehr zu einem sehr interessanten Zeitpunkt und vor einem hochpolitischen Hintergrund statt. Die Beziehungen zwischen Bonn und Luxemburg sind in den letzten Monaten auf einem Tiefpunkt angelangt. Schuld daran sind - nach Auffassung der Regierung in Luxemburg - eine Reihe von Ungeschicklichkeiten der Bundesregierung.

So ist man in Luxemburg darüber verärgert, daß Bundeskanzler Erhard seit seinem Amtsantritt bereits zweimal Paris und je einmal Rom und Den Haag besucht hat, für Luxemburg aber noch keine Zeit hatte. Dabei reagiert der kleinste EWG-Partner besonders empfindlich auf einen herabwertigen Pauspas. Man darf nicht vergessen, daß trotz der Präambel zum deutsch-französischen Vertrag in den Benelux-Ländern die Furcht vor einer Achse Paris - Bonn noch immer vorhanden ist. Hinzu kommt, daß die Luxemburger besonders unangenehme Erinnerungen an die deutsche Besatzungszeit haben. Die männliche Bevölkerung Luxemburgs unterlag im zweiten Weltkrieg der deutschen Zwangsrekrutierung und mußte in der Wehrmacht kämpfen. So kommt es, daß fast jede Familie des Großherzogtums durch die deutsche Besatzung irgendeinen persönlichen Verlust erlitten hat. Zahlreiche Luxemburger galten noch heute als an der Ostfront vermisst. Außerdem bestehen nach wie vor Meinungsverschiedenheiten über den deutsch-luxemburgischen Wiedergutmachungsvertrag.

Ein weiterer Stein des Anstoßes zwischen beiden christlich-demokratischen Regierungschefs ist die für den 1. Januar 1965 vorgesehene Fusion der drei Europa-Exekutiven EWG-Kommission, Hohe Behörde und Turatou-Kommission. Diese Behörden sollen im nächsten Jahr zu einer Hauptverwaltung mit fast 3 000 Beamten in B r ü s s e l vereinigt werden. Aus europäischer Sicht wäre darin ein wenn auch bescheidener politischer Fortschritt zur Integration zu erblicken. Denn die Verschmelzung der Exekutiven bleibt ohne die Vereinigung der Europäischen Gemeinschaft und der Verträge ein Torso.

Für Luxemburg besteht aber die Gefahr, daß es die Hohe Behörde der Montanunion und damit seine Bedeutung als europäische Verwaltungshauptstadt verliert. Außerdem sollen dann auch das Sekretariat des Europäischen Parlaments mit seiner 400 Beamten und der Europäische Gerichtshof nach Brüssel verlegt werden. Insgesamt steht für Luxemburg der Abzug von rund 1 600 Europa-Beamten auf dem Spiel. Aus diesem Grunde hat die luxemburgische Regierung die von allen EWG-Mitgliedern gewünschte Fusion bisher abgelehnt; sie verlangt als Entschädigung für den Abzug der Hohen Behörde den Sitz des Europäischen Parlaments, dessen Sekretariat sich zwar in Luxemburg befindet, das aber seine Sitzungen in Straßburg und Brüssel abhält. Die Europa-Parlamentarier haben jedoch bereits erklärt, das Parlament müsse an Ort der gemeinsamen Exekutive residieren.

Aber auch aus innenpolitischen Gründen wünscht die luxemburgische Regierung von Bonn eine gewisse Hilfestellung. Anfang Juni finden Parlamentswahlen statt. Die sozialistische Partei hat die guten Aussichten, die Mehrheit zu gewinnen; politische Beobachter erwarten mindestens ein Gleichgewicht der beiden großen Parteien, nachdem die Sozialisten bereits bei den Kommunalwahlen im Oktober 1963 große Stimmengewinne erzielt hatten. Noch vor dem Wahltermin will Ministerpräsident Werner daher "Kompensationen" bei seinen christlich-demokratischen EWG-Kollegen in Bonn einhandeln.

UdSSR sucht "neue" Wirtschaftsmethoden

Von Bruno Kuster, Genf

Nicht nur das schlechte Wetter ist daran schuld, daß die Sowjetwirtschaft mit zunehmenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat, für die bisher noch keine Lösungen gefunden wurden. Der Bruch mit Peking könnte bisher noch vorhandene Hemmungen beseitigen, nun recht unorthodoxe Wege zu beschreiten, um die Produktion vermehrt den tatsächlichen Marktbedürfnissen anzupassen. Das bis dahin noch nicht bewältigte Problem besteht im Übergang von der Mangelwirtschaft zur Bedarfsdeckungswirtschaft.

Stagnierende Reallohne

Nach dem jüngsten Bericht der Wirtschaftskommission für Europa hat sich 1963 das wirtschaftliche Wachstum in der Sowjetunion erneut verlangsamt und dürfte die sechs Prozent des Vorjahres bei weitem nicht mehr erreichen. Das reale Pro-Kopf-Einkommen, das auch die sozialen Leistungen des Staates berücksichtigt, hat gegenüber dem Vorjahr noch um etwa ein bis zwei Prozent zugenommen. Nach den Verfassern des Berichts ist jetzt klar, daß die im Sechsjahresplan für 1966 aufgestellten Ziele hinsichtlich des Realeinkommens unerreichbar geworden sind.

Tatsächlich lag während der ersten fünf Jahre des gegenwärtigen Planes die jährliche Einkommenssteigerung im Durchschnitt bei etwa 2,6 Prozent gegenüber den geplanten 4,9 Prozent. Eingegen haben die untersten Lohngruppen aus den seit 1958 erzielten Verbesserungen glücklicherweise den größten Nutzen gezogen. Der gesetzliche Mindestlohn wurde schon 1958 von 27 - 35 Rubel (1 Rubel = 3 DM) im Monat auf 35 - 40 Rubel erhöht. Bis 1965 soll eine weitere Erhöhung auf 40 - 45 Rubel (ursprünglich nannte der Plan 50 - 60 Rubel) erreicht werden. Mindestlöhne dürfen natürlich nicht mit Durchschnittslöhnen verwechselt werden, aber sie erklären hinreichend, daß die Sowjetbevölkerung für den "Kurskommunismus" ihres Ministerpräsidenten mehr Verständnis aufbringt, als für dogmatische Stillübungen.

Überfluß an schlechter Waren

Ganz abgesehen von der auffälligen Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums und den bekannten Sorgen mit der Landwirtschaft sieht sich die Sowjetführung noch einem anderen Problem gegenüber: der Überfluß. Es handelt sich um den Überfluß unverkäuflicher, weil qualitativ oder geschmacklich unbefriedigender Waren. Zu Beginn dieses Jahres wurden beispielsweise die überplanmäßigen Lagerbestände an Konfektionskleidern auf 500 Millionen Rubel geschätzt. In den ersten fünf Jahren des laufenden Planes haben die gesamten Lagerbestände an Textilien, Kleidern und Schuhen um das Doppelte zugenommen. Aber auch der Verkauf verschiedener Haushaltsgeräte ist enttäuschend, da es der Industrie nicht gelingt, sich dem Markt anzupassen.

Abzahlungskäufe und reduzierte Preise als "Regulatoren"

Eben das ist das heutige Dilemma der Sowjetwirtschaft, aus dem zwar schon Auswege hinausführen, die aber unter Umständen das ganze System in Frage stellen. Die früher verpönten Abzahlungskäufe erreichten 1962 bereits einen Betrag von mehr als anderthalb Milliarden Rubel. Die Handelsorganisationen werden ermächtigt, Ladenkäufe zu ermäßigten Preisen abzusetzen, wodurch immerhin ein beträchtliches Loch in die Planung gerissen wird. Sogar die Notwendigkeit der Reklame wird anerkannt. Man erkennt, daß das Verhältnis zwischen Handel und Industrie neu geregelt werden muß. Nicht mehr die Produktionszifferungen, sondern der Verkauf einer Ware soll jetzt für den Erfolg oder den Mißerfolg eines Unternehmens ausschlaggebend werden.

Sorgen um Malta

Neuer Krisenherd im Mittelmeer ?

so - Die großen weltpolitischen Themen sind in ihren Auswirkungen nicht spurlos an jenen Teil der Welt vorübergegangen, der sich in der Antike als Mittelpunkt des politischen und kulturellen Geschehens unserer Erde betrachten konnte: am Mittelmeerraum.

Hierbei sollte man nicht nur an die inneren und äußeren Auseinandersetzungen in Nordafrika denken, an die sehr gespannte Lage im Nahen Osten, nicht nur an Zypern, sondern auch an eine Reihe von Ereignissen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die in den letzten Wochen und Monaten in Ländern wie Spanien, Italien oder Griechenland zu verzeichnen waren.

Es bleibt auch nicht verborgen, daß z.B. eine kleine Insel wie Malta, die bisher noch verfassungsrechtlich eng mit Großbritannien verbunden ist, von Problemen beherrscht wird, die, falls sie nicht einer baldigen Lösung entgegengeführt werden, sehr dazu beitragen können, zusätzliche Unruhe im Mittelmeerraum entstehen zu lassen.

Die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Maltas haben zur Zeit ein Stadium erreicht, das auf beiden Seiten als sehr unbefriedigend bezeichnet wird.

Für manchen Außenstehenden erscheint die Malta-Frage, verglichen mit anderen politischen Fragen unserer Zeit, als ein kleines Problem. Doch sollte man sich hierin nicht täuschen, denn auch ungelöste kleine Probleme können große und weitreichende Auswirkungen haben.

Das eigentliche Dilemma der Insel liegt, sieht man einmal von der politisch-gesellschaftlich sehr verkarsteten inneren Struktur Maltas ab, auf wirtschaftlichem und sozialer Gebiet. Mehr als einmal hat in den vergangenen Jahren die maltesische Labour-Party unter Führung des einstigen Chef-Ministers Dommanioff gefordert, Malta in die Überlegungen der im Gange befindlichen wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung des freien Europa einzubeziehen. Leider blieben diese Forderungen ohne eine genügende Antwort. Und leider hat auch die zur Zeit in der Regierungsverantwortung befindliche maltesische Nationalpartei, wie auch die britische Regierung, wenig dazu beigetragen, den besprochener Wünsche des überwiegenden Teils der Bevölkerung der Insel Rechnung zu tragen.

Viele überlebte Formen der Vergangenheit hemmen die innere Modernisierung Maltas, und wer sich des Berichtes entsinnt, den vor einigen Jahren eine Delegation der sozialistischen Internationale nach einer intensiven Studienreise über die politische und wirtschaftliche Lage der Insel angefertigt hat, weiß, daß es energischer Anstrengungen bedarf, damit Malta in naher Zukunft nicht zum "Armenhaus" der Mittelmeerländer wird.

Wichtig ist, daß die Länder des freien Europa, besonders aber ihre Regierungen, sich schon jetzt Gedanken darüber machen, wie die Insel, wenn sie ihre Unabhängigkeit erlangt haben wird, so in den freiheitlichen Strom der europäischen Entwicklung eingebettet werden kann, daß die Wunden, die durch die internen Spannungen auf der Insel verursacht wurden, einer rascher Heilung entgegengeführt werden können.